

# Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek



Leitartikel Nationale Politik Internationale Politik Aus den Betrieben Kultur Inland

INTERNATIONALE POLITIK

## Griechenland im Fadenkreuz der Kalten Krieger



Nach Meinung des Finanzspekulanten Dr. Marc Faber kommt trotz aller gegenteiliger Signale ein Rauswurf Griechenlands aus der Eurozone nicht in Frage. Allein wegen der strategischen und geopolitischen Bedeutung des Landes im neuen Kalten Krieg der NATO gegen Rußland werde Griechenland in der Eurozone gehalten, urteilte am 11. Mai der in Asien lebende Faber in einem Interview mit dem USA-Wirtschaftsnachrichtensender »CNBC«. Dabei zeigte sich Faber, der auch den in Finanzkreisen bekannten »Gloom, Boom and Doom Report« herausgibt, absolut überzeugt, daß man Griechenland aus wirtschaftlichen und politischen Überlegungen niemals erlauben werde, aus freien Stücken den Staatsbankrott zu erklären und damit einen radikalen Schnitt seiner längst untragbar gewordenen Schuldenlast zu erzwingen. »Es geht um die EZB und die europäischen Banken, die Griechenland Geld geliehen haben. Wenn Griechenland zahlungsunfähig wird, müßten sie große Abschreibungen und Verluste hinnehmen. Deshalb werden sie dem Land am Ende doch wieder mehr Geld leihen und die Lösung des Problems so lange wie möglich hinausschieben«, so der Finanzguru. »Von noch größerer Bedeutung« sei jedoch »Griechenlands strategische Lage als Tor zwischen dem Schwarzen und dem Mittelmeer.« Denn nur durch dieses Tor könne die russische Schwarzmeerflotte ins Mittelmeer vorstoßen. Es sei dieser geopolitische Faktor, der laut Faber dafür sorgt, daß Griechenland um jeden Preis in der EU gehalten werden wird. Das gestaltet sich jedoch auf Grund jüngster Entwicklungen zunehmend schwerer.

Nach einer nur kurzen Zeit der wirtschaftlichen Erholung ist Griechenland laut jüngsten offiziellen Angaben von Eurostat wieder in die Rezession zurückgefallen, wodurch auch die Steuereinnahmen entsprechend sinken. Zugleich bleibt der Zugang zu neuen Geldquellen von den EU-Institutionen und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) blockiert. »Wir sind am Ende des Weges angekommen«, titelte bereits am 18. April die »Financial Times of London«. Die Zahlungsunfähigkeit erscheint immer unausweichlicher. So konnte Athen in der vergangenen Woche eine fällig gewordene Schuldentranche an den IWF in Höhe von 750 Millionen Dollar nur noch zurückzahlen, indem es dafür seine Pflichteinlagen beim selbigen Fond abzog. Jedes Mitglied muß proportional zu seiner Wirtschaftsgröße beim IWF eine solche Pflichteinlage

### Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek

Boîte postale 403  
L-4005 Esch-sur-Alzette

#### Die Redaktionsräume

3, rue Zénon Bernard  
L-4030 Esch-sur-Alzette

Tel. : 446066 - 1  
Fax. : 446066 - 66  
Email : [info@zlv.lu](mailto:info@zlv.lu)

#### Ansprechpartner Archiv

#### Kontakt

Name : \*   
Vorname :   
Straße :   
PLZ / Ort :   
E-mail : \*

(\*) Pflichtangaben

**Anfrage senden**

hinterlegen. Jetzt läuft die Zeit, denn Letztere muß innerhalb von einem Monat beim IWF wieder aufgestockt sein, wenn ein Staatsbankrott vermieden werden soll. Aber Dr. Faber bleibt zuversichtlich.

»Wenn die EU Griechenland tatsächlich losschneiden würde, dann wäre Rußland nur zu froh, an ihre Stelle zutreten, und das würde es potentiell in die Lage versetzen, militärische Macht direkt nach Europa hinein zu projizieren«. Obwohl hier Dr. Faber die militärischen Optionen Rußlands gegen Westeuropa im Fall engerer Beziehungen zwischen Moskau und Athen stark überzeichnet, haben die EU und die NATO gute andere Gründe, eine solche Entwicklung zu verhindern. Denn eine engere Partnerschaft zwischen den beiden Ländern würde über die Lieferung und Weiterleitung von russischem Gas an andere EU-Länder eine russisch-griechische-serbische Wirtschaftsachse schaffen. Die daraus folgende pro-russische politische Ausstrahlung in der Region würde den Hegemonialplänen der EU und NATO auf dem Balkan diametral entgegenstehen, zumal dadurch auch die Bestrebungen Ungarns zur »Re-Souveränisierung« des Landes bestärkt würden.

Bemerkenswert ist, daß im Rahmen der geopolitischen Diskussion der Superspekulant Faber die Unterstellung, Rußland lege wegen der angeblichen Annexion der Krim und wegen seiner politischen und wirtschaftlichen Ouvertüre gegenüber Griechenland (Gaspipeline) ein imperialistisches Verhalten an den Tag, resolut zurückgewiesen hat. Auf die Frage von CNBC, »ob die EU nur deshalb keine Kosten scheut, Griechenland in der EU zu halten, um zu verhindern, das sich Putin das Land unter den Nagel reißt, um damit wieder den Ruhm der Sowjetunion wieder herzustellen«, unterstrich Faber, daß die jüngsten russischen Maßnahmen in Reaktion auf den USA-Imperialismus erfolgt seien. Es seien schließlich die USA gewesen, »die die Wolfowitz-Doktrin zur Eindämmung und Zurückdrängung von Ländern wie China und Rußland umgesetzt haben«. Das Ergebnis dieser Entwicklung sei die allseits zu beobachtende Entstehung einer neuen Weltordnung, die von den beiden aufsteigenden und immer enger zusammenarbeitenden Mächten China und Rußland geformt werde.

Was im Westen heute noch als wichtig gelte, wie z.B. der Ausgang der Wahlen in Großbritannien, habe im neuen »Kraftwerk der Weltwirtschaft«, in Asien, so gut wie keine Bedeutung mehr. Stattdessen habe man in Fernost die ganze Aufmerksamkeit dem Besuch des chinesischen Präsidenten Xi in Moskau zum 70. Jahrestag des Sieges über den deutschen Faschismus gegolten. Dagegen sei die Wiederwahl des britischen Premiers Cameron »für die Menschen der Welt von keinerlei Interesse« gewesen. Großbritannien sei »kein Imperium mehr, sondern ein degeneriertes Land; wirtschaftlich völlig bedeutungslos«. Auch die USA sieht der Finanzmanager Faber im Niedergang.

**Rainer Rupp**



Mittwoch 20. Mai 2015

Copyright © 2007 Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek | [Startseite](#) | [Impressum](#) |